

INHALTSVERZEICHNIS

Ausgewählte Auftragsvergaben aus:

BAUPORTAL-DEUTSCHLAND.DE	Seite 7 - 12
SCHIENENVERKEHRSPORTAL.DE	Seite 13 - 25
STRASSENBAUPORTAL.DE	Seite 26 - 28
EE-PORTAL.EU	Seite 28 - 31
BESCHAFFUNGSMARKT-FAHRZEUGE.DE	Seite 31 - 36

Impressum:

Auftragsvergabemonitor ist eine Quartalszeitschrift, welche im Abonnement für 36 EUR p. a. incl. Versandkosten bezogen werden kann.

Verleger:

INLOCON AG | Erich Zeigner Allee 36 | 04229 Leipzig

Verantwortlicher Redakteur:

Dipl.-Volkswirt Ulrich Knöll | Tel. 0341 4929578 | presse@inlocon.de

Druck: ps printsolution GmbH, Leopoldstrasse 244, 80807 München

Editorial des Chefredakteurs

Liebe Leserinnen und Leser,

das erste Quartal 2019 wird für jedes unserer 8 Telemedien und auch für diese Zeitschrift von elementarer Bedeutung sein, denn am 21. März endlich ist es soweit, daß das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Recht sprechen wird zu unseren seit 6 Jahren währenden Bemühungen, Presseauskünfte auf der Grundlage der geltenden Gesetze von den öffentlichen Auftraggebern zu erhalten, an welche Unternehmen Aufträge zu den von uns vorab publizierten Ausschreibungen vergeben wurden.

Wir haben an dieser Stelle schon mehrfach über die dabei bestehenden Probleme berichtet, daß uns solche Auskünfte von vielen Behörden verweigert werden und einige Verwaltungsgerichte, welche wir angerufen hatten, haben diese Behörden auch unterstützt. Nun hat aber der Verwaltungsgerichtshof Mannheim die Revision zum Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2017 zugelassen um diese Frage grundsätzlich und damit für alle Behörden verbindlich zu klären und ich bin überzeugt, daß – sollte dieses Gericht seiner bisherigen Rechtsprechung folgen– unsere Presseauskunftsrechte bestätigt werden

.
Denn es kann m.E. nicht sein, daß die Öffentlichkeit nicht erfahren darf, welche Aufträge an welches Unternehmen durch Verwendung öffentlicher Mittel erteilt werden, da im Rahmen nationaler Ausschreibungsmaßnahmen keine gesetzliche Publikationspflicht besteht. Und gerade in diesem Segment werden 70–80 % aller öffentlichen Aufträge vergeben. Ganz im Gegensatz zu europaweiten (Oberschwelligigen) Verfahren, bei welchen der Gesetzgeber eine Pflicht zur Veröffentlichung von Auftragsvergaben binnen 30 Tagen angeordnet hat und zwar Informationen zum Auftraggeber, zur Auftragsumme, der Zahl der Bieter und dem Datum der Auftragsvergabe.

Nichts anderes wollten auch wir über die nationalen (unterschwelligen) Vergabeverfahren publizieren um auch auf diesem wichtigen Feld der Verwendung öffentlicher Mittel die überfällige Transparenz zu schaffen, wofür

sich bislang keine anderen Medien interessiert hatten. Doch weil wir das erste Presseorgan waren, welches von seinem Auskunftsrecht diesbezüglich Gebrauch macht, liefen viele Behörden, unterstützt von deren Verbänden und auch manchen Ministerien gegen diese Auskunftsrechte Sturm mit dem Argument, was der Gesetzgeber nicht zur Pflicht macht, hat auch nicht publiziert zu werden !

Und hier, liebe Leserinnen und Leser zeige ich Ihnen einige kurze Ausschnitte aus Urteilen der höchst richterlichen Rechtsprechung, welche Auskunftsrechte der Presse gewährt werden und Sie können sich selbst ein Bild davon machen, ob unsere Auskunftsbegehren von dieser Rechtsprechung gedeckt sind:

„Im Zentrum der grundrechtlichen Gewährleistung der Pressefreiheit steht das Recht, Art und Ausrichtung, Inhalt und Form eines Publikationsorgans frei zu bestimmen.....Die Pressefreiheit dient der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung (vgl. BVerfGE 57, 295 <319>). Diese kann nur unter den Bedingungen einer freien Berichterstattung gelingen, der bestimmte Gegenstände oder Darbietungsweisen weder vorgegeben noch entzogen sind..... Die Presse muß nach publizistischen Kriterien entscheiden dürfen, was sie des öffentlichen Interesses für wert hält und was nicht..... Von der Eigenart oder dem Niveau des Presseergebnisses oder der Berichterstattung im einzelnen hängt der Schutz nicht ab (vgl. BVerfGE 34, 269 <283>; 50, 234 <240>). Jede Unterscheidung dieser Art liefe am Ende auf eine Bewertung und Lenkung durch staatliche Stellen hinaus, die dem Wesen dieses Grundrechts gerade widersprechen würde (BVerfGE 35, 202 <222>).“

BVerfG, Urteil vom 15.12.1999 , 1 BvR 653/96

„Erst der prinzipiell ungehinderte Zugang zu Informationen versetzt die Presse in den Stand, die ihr in der freiheitlichen Demokratie zukommende Funktion wirksam wahrzunehmen (vgl. BVerfGE 50, 234 <240>; 91, 125 <134>). Sinn und Zweck der daraus prinzipiell folgenden Auskunftspflichten (vgl. BVerfGE 20, 162 <175>) ist es, der Presse zu ermöglichen , umfassend und wahrheitsgetreu Informationen über Geschehnisse von öffentlichem Interesse im staatlichen Bereich zu erhalten, und dadurch in die Lage versetzt zu werden, die Öffentlichkeit entsprechend zu unterrichten. Auf diese Weise können die Bürgerinnen und Bürger zutreffende und umfassende Informationen über

tatsächliche Vorgänge und Verhältnisse, Missstände, Meinungen und Gefahren erhalten, die ihnen sonst verborgen bleiben würden, aber Bedeutung für eine abgewogene Beurteilung der für die Meinungsbildung essenziellen Fragen

haben könnten (vgl. BayVGh, Urteil vom 7. August 2006 - 7 BV 05.2582 -, NVwZ-RR 2007, S. 767 <768>).“

BVerfG, 1 BvR 1452/13 vom 27.07.2015,

„Dementsprechend hat auch das Bundesverfassungsgericht den Schutz der Pressefreiheit nicht von besonderen Eigenschaften der Publikation abhängig gemacht, solange diese nur in gedruckter und zur Verbreitung geeigneter und bestimmter Form am Kommunikationsprozess teilnimmt. Vielmehr ist es stets von einem weiten und formalen Pressebegriff ausgegangen (vgl. BVerfGE 34,269 [283] ; 66, 116 [134]). Das muß auch für die Verbreitungsmodalitäten gelten. Entscheidend für den Grundrechtsschutz der Presse ist allein das Kommunikationsmedium, nicht der Vertriebsweg oder Empfängerkreis.“

BVerfG, 1 BvR 1452/13 vom 27.07.2015

„Überall dort, wo zur Wahrnehmung staatlicher Aufgaben öffentliche Mittel eingesetzt werden, von deren konkreter Verwendung Kenntnis zu erlangen ein berechtigtes öffentliches Interesse besteht, wird auch ein Informationsbedürfnis der Presse und der Bevölkerung begründet.“

BGH vom 10.2.2005 III ZR 294/04

„[28] bb) Der Schutz der Pressefreiheit umfasst ebenso wie der Schutz der Meinungsfreiheit das Recht, den Gegenstand einer Berichterstattung frei zu wählen. Inhalt und Qualität der vermittelten Information oder Meinung sind für die Anwendung von Art. 11 EU-Grundrechtecharta ohne Belang (vgl. EuGH, Urteil vom 6. März 2001 - C-274/99 P, Slg. 2001, I-1611 = DVBl 2001, 716 Rn. 39

- Connolly/Kommission; Jarass aaO Art. 11 Rn. 8 mwN). Es ist daher insbesondere nicht Aufgabe der Gerichte zu entscheiden, ob ein bestimmtes Thema überhaupt berichtenswert ist oder nicht (vgl. EGMR, NJW 2000, 1015 Rn. 63; vgl. zu Art. 5 GG BVerfG (Kammer), NJW 2001, 1921, 1922; AfP 2010, 365 Rn. 29). Der Grundrechtsschutz umfasst die Meinungs- und Pressefreiheit in sämtlichen Aspekten. Er erstreckt sich nicht nur auf den Inhalt, sondern auch

auf die Form der Meinungsäußerung oder Berichterstattung (vgl. Jarass aaO Art. 11 Rn. 10 mwN; zu Art. 5 GG BVerfGE 93, 266, 289 = NJW 1995, 3303); zum Recht auf freie Presseberichterstattung gehört gleichfalls neben der inhaltlichen die formale Gestaltungsfreiheit (vgl. EGMR, NJW 2000, 1015 Rn. 63; zu Art. 5 GG vgl. BVerfGE 97, 125, 144; BVerfG, NJW 2000, 1021, 1024 mwN).“

BGH 14.10.2010 , I ZR 191/08

„65 Zur Pressefreiheit gehört der Schutz der Berichterstattung von der medienspezifischen Form der Beschaffung von Informationen bis zur Verbreitung der Nachricht und der Meinung. Erst der prinzipiell ungehinderte Zugang zur Information versetzt die Medien in die Lage, die ihnen in der freiheitlichen Demokratie zukommende Funktion wahrzunehmen.“

OVG Nordrhein-Westfalen vom 18.12.2013 , 5 A 413/11

„Überall dort, wo zur Wahrnehmung staatlicher Aufgaben öffentliche Mittel eingesetzt werden, von deren konkreter Verwendung Kenntnis zu erlangen ein berechtigtes öffentliches Interesse besteht, wird auch ein Informationsbedürfnis der Presse und der Bevölkerung begründet. Auf dieses Bedürfnis hat es keinen Einfluß, ob sich die Exekutive zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Einzelfall einer privatrechtlichen Organisationsform bedient (VG des Saarlandes aaO).“

BGH vom 10.2.2005 III ZR 294/04

„26 Mit dem verfassungsrechtlichen Schutz der Presse wäre es nicht vereinbar, wenn die Durchsetzung ihres Informationsinteresses von einer staatlichen Inhaltsbewertung des Informationsanliegens abhinge. Die Presse muss nach publizistischen Kriterien selbst entscheiden dürfen, was sie des öffentlichen Interesses für Wert hält und was nicht (vgl. BVerfG, Urteil vom 15. Dezember 1999 - 1 BvR 653/96 - BVerfGE 101, 361 <389>; Kammerbeschluss vom 28. August 2000 - 1 BvR 1307/91 - NJW 2001, 503 <505>; BVerwG, Urteil vom 1. Oktober 2014 - 6 C 35.13 [ECLI:DE:BVerwG:2014:011014U6C35.13.0] - Buchholz 11 Art. 5 Abs. 1 GG Nr. 3 Rn. 41). Diese Maßgaben, die sich als Gebot staatlicher Inhaltsneutralität verstehen lassen (vgl. BVerfG, Kammerbeschluss vom 28. August 2000 - 1 BvR 1307/91 - NJW 2001, 503 <506>), sind nicht nur für das Stadium der Publikation, sondern auch für das vorgelagerte Stadium der

Recherche von Belang. Es ist Sache der Presse, selbst zu beurteilen, welche Informationen für sie vonnöten sind, um ein bestimmtes Thema zum Zweck einer möglichen Berichterstattung im Recherchewege aufzubereiten. Staatlichen Stellen dürfen sich keine Möglichkeiten bieten, über den Informationswert bestimmter Gegebenheiten mit zu entscheiden und auf diese Weise mittelbar auf den Publikationsinhalt Einfluss zu nehmen (BVerwG, Urteil vom 1. Oktober 2014 – 6 C 35.13 – Buchholz 11 Art. 5 Abs. 1 GG Nr. 3 Rn. 41).“

BVerwG 6 C 66.14 vom 16.3.2016

„Aus alledem ergibt sich die Notwendigkeit journalistischer Freiräume im Rahmen von Informationsanfragen und hier insbesondere bei der Beurteilung der sachlichen Notwendigkeit angefragter Informationen. Der Komplexität und möglichen Zweckfülle von Rechercheprozessen werden staatliche Stellen grundsätzlich nicht gerecht, wenn sie das grundrechtliche Gewicht eines von der Presse geltend gemachten Auskunftsinteresses von einer journalistischen Relevanzprüfung abhängig machen. Sie würden hiermit auf einen Maßstab zugreifen, den Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG nicht ihnen, sondern der Presse überantwortet.“

BVerwG 6 C 35.13 vom 1.10.2014

Zum Schluß fiel mir noch ein Zitat von Wilhelm Busch auf, welches unsere langjährigen Bemühungen, unser Presseauskunftsrecht durchzusetzen eindrucksvoll charakterisiert: **„Wer der Gerechtigkeit folgen will durch dick und dünn, muss lange Stiefel haben“**

Ihr Dipl.Volkswirt Ulrich Knöll
Verantwortlicher Redakteur

„INFORMATION IST DIE WÄHRUNG DER DEMOKRATIE“

Thomas Jefferson (1743–1826) 3.Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika



BAUPORTAL-DEUTSCHLAND.DE

38 588 Euro pro m² Wohnfläche für die teuerste Eigentumswohnung in Hamburg 2018

Laut einem Artikel in der Immobilien-Zeitung vom 6.12.2018, welcher den Wohnungsmarkt Hamburgs in den ersten 6 Monaten des Jahres 2018 analysiert, wardie teuerste Eigentumswohnung, welche in diesem Zeitraum verkauft wurde, die letzte Wohnung in der Elbphilharmonie, denn für die 287 m² große Wohnung zahlte der Käufer 11,07 Millionen Euro und damit 38 588 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche und damit ca. 10 000 Euro mehr als für die teuerste Wohnung im Jahr 2017 bezahlt wurde, welche – nicht überraschend- auch in der Elbphilharmonie war !

Verkauft wurden von Januar bis Juni 2018 insgesamt 1017 Eigentumswohnungen zu einem Preis von über 5000 Euro pro qm, davon 241 über 7000 Euro/qm und 76 über 9000 Euro/qm.

Diese Beispiele zeigen eindrucksvoll, in welche irrationalen Höhen sich der Wohnungsmarkt auch in Hamburg entwickelt und wie fern der Erwerb von Wohnungseigentum für Normalverdiener liegt.

10.12.2018

EU-Gelder für acht polnische Verkehrsprojekte

Das polnische Zentrum für EU-geförderte Verkehrsprojekte CUPT hat am Dienstag die Verträge zur Zahlung von Fördermitteln aus dem Programm Infrastruktur und Umwelt 2014–2020 für acht Projekte in einem Gesamtwert von 1,5 Mrd. PLN (350 Mio. EUR) unterzeichnet.

Das Fördervolumen beläuft sich dabei auf insgesamt 682 Mio. PLN (159 Mio. EUR). Die Güterbahn PKP Cargo erhält Fördermittel für gleich drei Projekte. Dies sind der Kauf von 936 Containertragwagen im Wert von 451 Mio. PLN (105 Mio. EUR), für den Fördermittel in Höhe von 183 Mio. PLN (43 Mio. EUR) fließen werden, der Kauf von fünf Mehrsystemlokomotiven und 220 weiteren Waggons für den Kombiverkehr für

227 Mio. PLN (53 Mio. EUR) bei einem Fördervolumen von 92 Mio. PLN (21,5 Mio. EUR). Der dritte Vertrag mit PKP Cargo betrifft den Ausbau des Grenzterminals Malaszewicze für 32 Mio. PLN (7,5 Mio. EUR), wofür 12,8 Mio. PLN (3 Mio. EUR) aus EU-Mitteln fließen werden.

Der Lokomotivvermieter Rail Capital Partners erhält 82,3 Mio. PLN (19,2 Mio. EUR) von veranschlagten 202 Mio. PLN (47 Mio. EUR) für den Kauf von zwölf fabrikneuen E-Loks mit Diesel-Hilfsmotor, Lotos Kolej 74 Mio. PLN (17 Mio. EUR) von veranschlagten 183 Mio. PLN (43 Mio. EUR) für den Kauf von zwei Loks und 324 Containertragwagen.

Weitere Fördermittel fließen an die Eisenbahn-Infrastrukturgesellschaft PKP PLK, die 177 Mio. PLN (41 Mio. EUR) in die Verbesserung der Sicherheit an Bahnübergängen investieren wird. Die bewilligte Fördermittelsumme beträgt hier 56,6 Mio. PLN (13,2 Mio. EUR). Die Straßenverkehrsinspektion GITD erhält 137,7 Mio. PLN (32 Mio. EUR) von veranschlagten 162 Mio. PLN (37,7 Mio. EUR) für die „Verbesserung der Wirksamkeit der automatischen Verkehrsüberwachung“, was im Klartext unter anderem die Anschaffung von mehr als 350 neuen Blitzern beinhaltet.

Das letzte Projekt betrifft die Wasserstraßen: Hier erhält das Staatsunternehmen Wody Polskie 42,5 Mio. PLN (9,9 Mio. EUR) von geplanten 50 Mio. PLN (11,7 Mio. EUR) für die Modernisierung der Staustufe Wrocław-Redzin an der Oder.

Quelle: nov-ost.info 21.12.2018

Weitere elf Förderverträge für Polens Verkehrsinfrastruktur

In Polen sind kurz vor Jahresende Förderverträge im Wert von 4,5 Mrd. PLN (1,05 Mrd. EUR) für elf Infrastrukturprojekte mit einem Gesamtvolumen von 8 Mrd. PLN (1,86 Mrd. EUR) unterzeichnet worden.

Nach Informationen des Zentrums für EU-geförderte Verkehrsprojekte CUPT betreffen allein sieben der elf Projekte die Sanierung und Modernisierung von Bahnhöfen der Staatsbahn PKP. In den Genuss der Fördermittel in Höhe von mehr als 412 Mio. PLN (96 Mio. EUR) kommen unter anderem die Bahnhöfe Gdansk Główny, Gdansk Oliwa, Gdansk Wrzeszcz, Pruszcz Gdanski, Tczew, Babimost, Gorzów Wielkopolski, Rzepin, Sulechów, Swiebodzin, Nowy Tomysl, Opalenica, Rzeszów Główny, Sedziszów Malopolski und Stalowa Wola Rozwadów.

Das finanziell umfangreichste Einzelprojekt ist hingegen die Sanierung der Bahnmagistrale C-E 65 von Chorzów Batory über Tarnowskie Góry, Karsznice, Inowrocław und Bydgoszcz nach Maksymilianowo, bei dem die EU 3 Mrd. PLN (707 Mio. EUR) der auf 5,2 Mrd. PLN (1,2 Mrd. EUR) veranschlagten Gesamtkosten tragen wird. Hier sollen fast 215 km Strecke saniert werden, wovon 179 km zum TEN-T-Netz gehören. Zweitgrößtes Projekt ist der Bau der Schnellstraße S7 auf dem Abschnitt Warschau-Grójec, den die EU mit 542 Mio. PLN (126 Mio. EUR) bezuschussen wird, was rund einem Drittel der veranschlagten Kosten entspricht.

Der Hafen Gdynia erhält 273 Mio. PLN (63,5 Mio. EUR) und damit rund die Hälfte der veranschlagten Mittel für den Ausbau der Fahrrinne zum Hafen und der Hafenbecken sowie zur Modernisierung von Kaianlagen. Elftes und letztes Projekt ist die Modernisierung der Bahnsteiganlagen am Bahnhof Rzeszów und der Neubau des Haltepunkts Rzeszów West durch die Eisenbahn-Infrastrukturgesellschaft PKP PLK. Die bewilligten Fördermittel liegen hier bei 166 Mio. PLN (39 Mio. EUR), das Gesamtvolumen bei 267 Mio. PLN (62,2 Mio. EUR).

Quelle: nov-ost.info 4.1.2019

Leipzig ordert weitere 20 Solaris-Bahnen

Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) nutzen die Option zur von 2015 zur Lieferung von 41 Straßenbahnen der Baureihe



Laut Bekanntmachung im EU-Amtsblatt haben LVZ und Solaris Bus & Coach am 20. Dezember den Vertrag zur Lieferung von weiteren 20 Fahrzeugen unterzeichnet. Dabei sollen 2020 und 2021 jeweils zehn Bahnen geliefert werden. Dank der Aufstockung des Auftragsvolumens können die LVB ihren verbleibenden Bestand an Tatra-Bahnen vollständig ausmustern, mit Ausnahme einer geringen Anzahl von Fahrzeugen, die als Messereserve vorgehalten werden sollen. Als Grund für die deutliche Aufstockung wird das unerwartete Bevölkerungswachstum angegeben. Demnach war Ende 2017 die ursprünglich für 2020 prognostizierte Einwohnerzahl bereits um rund 45.000 überschritten.

Aufgrund des bei Solaris erfolgten Eigentümerwechsels werden die Straßenbahnen nicht mehr von Solaris, sondern von Stadler produziert. Die Schweizer, die zuvor mit 40% an dem Joint Venture Solaris Tram beteiligt waren, hatten im November die Mehrheitsbeteiligung von 60% von Solaris übernommen, da sich deren neuer Mehrheitsaktionär CAF bei Solaris künftig auf die Produktion von Bussen (insbesondere Elektrobussen) konzentrieren will. Quelle: nov-ost.info 4.1.2019

Generalplaner für Grund- und Gemeinschaftsschule in Pinneberg 29 % unter Kostenschätzung

Deutlich günstiger als erwartet kostet die Generalplanung für den Neubau der Grund- und Gemeinschaftsschule (GUGS) im Quellental in Pinneberg, denn von 5 Bewerbern war das beste Angebot mit 1 169 286.72 EUR 29,1 % unter dem Kostenvoranschlag von 1 650 000.00 EUR. Deshalb ging der Planungsauftrag am 10.9.2018 an die agn leusmann GmbH in 20095 Hamburg.

1.10.2018

Estricharbeiten für Erweiterungsbau des Humboldt-Gymnasiums Köln deutlich unter Kostenvoranschlag

Wie sich doch ein intensiver Wettbewerb zu Gunsten des Bauherrn auswirkt zeigt die Vergabe der Estricharbeiten beim Erweiterungsbau des Humboldt-Gymnasiums in Köln, denn 18 (!) Bieter hatten sich um den Auftrag beworben und der Zuschlag ging am 6.3.2018 für 105 544.40 EUR an die K + B Böden GmbH aus 07407 Uhlstädt-Kirchhasel und lag damit um 42,5 % unter dem Kostenvoranschlag von 184 600 €.

24.10.2018

Breitbandnetz in Pottenstein kostet 1,1 Millionen Euro mehr als veranschlagt

Auch die Stadt Pottenstein mußte erfahren, daß die Breitbandverkabelung deutlich teurer wird als erwartet, denn zwar waren 5 Angebote eingegangen, doch wurde der Kostenvoranschlag von 6 289 332 € 1 115 000 € oder ca. 18 % überschritten und der Auftrag ging am 30.7.2019 an die LEC Construction International GmbH in 10785 Berlin.

26.10.2018

Dachabdichtung für Hauptfeuerwache Fürth 30 % teurer als veranschlagt

1 576 203 € statt der veranschlagten 1 210 746.46 € und damit 30,2 % höher liegen die Flachdacharbeiten für den Neubau der Hauptfeuerwache der Stadt Fürth , welche am 23.8.2018 unter 6 Bietern an die Horn Bedachungen GmbH & Co. KG aus 98617 Untermaßfeld vergeben wurden.

26.10.2018

Fassadengerüst für Neubau Regionales Innovationszentrum Offenburg nahezu doppelt so teuer wie erwartet



Zwar lagen 6 Angebote für die Gerüstarbeiten vor, doch statt der ursprünglich veranschlagten 33 613.45 EUR wurde der Auftrag für 63 245.88 EUR oder 88,2 % teurer am 26.10.2018 an die Paul Becker GmbH aus 79211 Denzlingen vergeben.

1.11.2018

Aufzüge für Mensa der Universität Bamberg kosten weniger als die Hälfte des Kostenvoranschlags

Zwar lag nur ein Angebot vor für 3 Aufzugsanlagen für die Generalsanierung mit Teil-erneuerung der Mensa Innenstadt in Bamberg vor und dieses war mit 115 906.00 EUR um 50,5 % unter dem Voranschlag von 234 000.00 EUR. Deshalb wurde der Auftrag am 4.5.2018 an die Aufzugswerke Schmitt + Sohn GmbH & Co. KG in 90402 Nürnberg vergeben.

5.11.2018

Generalplanung für Neubau eines Zentral-OPs und Zentralsterilisation der Imland Klinik Rendsburg 41 % unter Planansatz

Erfreulich war das Ergebnis der Ausschreibung der Generalplanung für Neubau eines Zentral-OPs und Zentralsterilisation der Imland Klinik Rendsburg, denn statt wie ursprünglich veranschlagt 4 348 739.00 EUR, war das günstigste von 3 Angeboten mit 2 556 899.19 EUR um 41,2 % niedriger und wurde am 18.4.2018 an die Planungsring Mumm + Partner GbR aus 24896 Treia vergeben.

7.11.2018

Fliesenarbeiten für Bettenhausanbau der Lungenfachklinik Immenhausen 24 % unter Kostenvoranschlag

Die Fliesenarbeiten für Bettenhausanbau der Lungenfachklinik Immenhausen kosten deutlich weniger als ursprünglich mit 347 500.00 EUR veranschlagt, denn 5 Angebote lagen vor mit einer Spanne von 263 294.71 EUR bis 434 176.81 EUR und so wurde der Auftrag am 23.8.2018 an die Grünwald Fliesen & Natursteine in 37127 Scheden vergeben.

8.11.2018

Landschaftsbauarbeiten im Zuge des Ersatzneubaus der Thierschbrücke in Lindau deutlich unter Kostenvoranschlag

Die Landschaftsbauarbeiten im Zuge des Ersatzneubaus der Thierschbrücke in Lindau kommen deutlich günstiger als mit 1 000 000.00 EUR veranschlagt, denn zwar lagen nur 2 Angebote vor, aber diese differierten zwischen 681 025.00 EUR und dem höchsten Angebot mit 718 190.00 EUR deutlich unter der Kostenschätzung und so wurde der Auftrag am 8.10.2018 an die Rudolf Börner Garten und Landschaftsbau GmbH in 88131 Lindau für 681 025.00 EUR und damit um 31,9 % günstiger vergeben.

13.11.2018



Kraków will 60 weitere Straßenbahnen kaufen

Der Krakauer Verkehrsbetrieb MPK Kraków hat am Freitag ein technisches Dialogverfahren zur Festlegung der Parameter für die geplante Anschaffung von weiteren 60 Gelenk-Niederflurstraßenbahnen eröffnet.

Nach Angaben des Unternehmens liegt der Kostenvoranschlag für die Bahnen bei rund 550 Mio. PLN (129 Mio. EUR). Zusammen mit den 50 Bahnen von Stadler/Solaris, für die Anfang des Jahres ein Rahmenvertrag abgeschlossen wurde, werde man bis 2025 über 110 neue Niederflurbahnen verfügen und damit den gesamten Bestand an nicht niederflurigen Fahrzeugen ausmustern können, erklärte Bürgermeister Jacek Majchrowski. Kraków will für den Kauf EU-Fördermittel in Anspruch nehmen und steht in Verhandlungen über einen Kredit der EIB zur Finanzierung des Eigenanteils.

Schon jetzt steht fest, dass die Bahnen 30–35 Meter lang werden und 220 Fahrgäste befördern können sollen, davon 35% auf Sitzplätzen.

MPK Kraków präsentierte am Freitag außerdem erstmals das Design der bei Stadler/Solaris bestellten Trams, das von Prof. Nils Krüger von der Kunsthochschule Berlin-Weißensee entwickelt wurde. „Wir sind stolz, dass wir diesen prestigeträchtigen Auftrag realisieren dürfen. Die Arbeiten laufen nach Plan, das Design ist fertig. Aktuell arbeiten unsere Ingenieure an technischen Detailfragen, und der Einkauf der Komponenten für den Bau der Fahrzeuge hat begonnen. Die erste neue Straßenbahn wird Anfang 2020 in Kraków eintreffen“, versprach Tomasz Prejs Vorstandsmitglied von Stadler Polska.

Im ersten Abruf hat MPK Kraków 35 Straßenbahnen für 314 Mio. PLN (73,4 Mio. EUR) bestellt, der Wert des gesamten Rahmenvertrags beläuft sich auf 447,1 Mio. PLN (104,9 Mio. EUR). Die Bahnen von Stadler/Solaris werden 33,4 Meter lang und 2,4 Meter breit, sie verfügen über 80 Sitzplätze und können insgesamt 227 Fahrgäste befördern.

Vertrag für westlichen Abschnitt der Warschauer M2 unterzeichnet

In Warschau ist am Freitag der Vertrag zum Bau des abschließenden westlichen Abschnitts der Metrolinie M2 unterzeichnet worden.

Den 4 km langen Abschnitt ab dem Bahnhof Powstanców Slaskich bis zum Betriebsbahnhof Mory im Stadtteil Ursus baut demnach ein Konsortium italienischen Astaldi und der türkischen Gülermak. Beide Konzerne haben einzeln oder im Konsortium sämtliche Aufträge zum Bau der M2 erhalten. Das Volumen des aktuellen Auftrags liegt bei 1,623 Mrd. PLN (380 Mio. EUR), die geplante Bauzeit für die Strecke sowie den Betriebsbahnhof beträgt vier Jahre.

Wie der Metro-Betreiber Metro Warszawskie weiter mitteilt, wurde zwischenzeitlich entschieden, die Arbeitsnahmen Polczynska für die westliche M2-Endstation sowie Mory für den Betriebsbahnhof jeweils in Karolin zu ändern. Die beiden Unterwegsbahnhöfe werden Lazurowa und Chrzanów heißen.

Quelle: Metro Warszawskie

Quelle: nov-ost.info 9.11.2018

Polen will eigene Hochgeschwindigkeitszüge entwickeln

Polens Nationales Zentrum für Forschung und Entwicklung NCBR hat einen Technischen Dialog im Rahmen seines Gemeinschaftsprojekts mit PKP Intercity zur Entwicklung neuer Hochgeschwindigkeitszüge angekündigt.

Ziel ist die Entwicklung konfigurierbarer Elektrotriebzüge für Geschwindigkeiten von mindestens 250 km/h und einem Platzangebot von rund 400 Sitzplätzen. Für die Mehrsystemzüge für 3 kV Gleichstrom sowie 15 kV und 25 kV Wechselstrom sollen aufbauend auf einer gemeinsamen Plattform Versionen für den Fern-, Regional- und S-Bahn-Verkehr entwickelt werden, die Plattform soll darüber hinaus eine flexible Verlängerung oder Kürzung bzw. den Austausch von Zugteilen ermöglichen. Im Rahmen des Technischen Dialogs sollen die Anforderungen und Spezifikationen genauer ausgearbeitet werden. Bewerbungen zur Teilnahme können bis 28. Dezember eingereicht werden, der Abschluss des Technischen Dialogs ist vorläufig für Ende Februar 2019 geplant.

Quelle: nov-ost.info 2.11.2018

PESA hat Zuschlag für Posener S-Bahn-Züge

Der polnische Schienenfahrzeughersteller PESA hat den Zuschlag zur Lieferung von bis zu sieben Elektrotriebzügen für die Posener S-Bahn Poznanska Kolej Metropolitalna (PKM) erhalten.

Wie das Marschallamt der Wojewodschaft am 7. November bekannt gab, setzte sich PESA damit gegen Newag und Stadler durch. Die fünf fest zu bestellenden und zwei optionalen Züge sollen bei PESA 178,2 Mio. PLN (41,3 Mio. EUR) kosten. Newag hatte die Lieferung der fünfteiligen Garnituren für 205,8 Mio. PLN (47,7 Mio. EUR) angeboten, Stadler für 235,7 Mio. PLN (54,7 Mio. EUR).

Das S-Bahn-Netz PKM wurde im Juni dieses Jahres eröffnet und wird von der wojewod-schaftseigenen Regionalbahn <http://koleje-wielkopolskie.com.pl/> target="" rel="">Koleje Wielkopolskie betrieben. Die ersten Linien führen von Poznan Główny nach Grodzisk Wielkopolski (PKM 3), Nowy Tomysl (PKM 2), Wagrowiec (PKM 5), Jarocin (PKM 4) und seit dieser Woche auch nach Swarzedz (PKM 2). Für die Zukunft ist die Ver-längerung der Linie PKM 2 über Swarzedz bis nach Wrzesnia geplant, außerdem weitere Linien nach Koscian (PKM 1), Szamotuly und Rogozno (PKM 5).

Quelle: nov-ost.info 8.11.2018

Stadler liefert neue Zahnradbahnen an ZSSK

Der Schweizer Schienenfahrzeugbaukonzern Stadler hat den Auftrag der slowakischen Staatsbahn ZSSK zur Lieferung von fünf neuen Zahnrad-Adhäsions-Triebzügen gewon-nen.

Die Fahrzeuge sind für den Einsatz auf den meterspurigen Strecken der Elek-trischen Tatabahn (Tatranské elektrické železnice) von Poprad über Starý Smo-kovec nach Štrbské Pleso sowie von



Starý Smokovec nach Tatranská Lomnica vorgesehen. Die fünf neuen Triebfahrzeuge bieten je 91 Sitzplätze und sind mit WiFi ausgestattet, klimatisiert und niederflurig aus-geführt, um einen bequemen Ein- und Ausstieg zu gewährleisten. Zusätzlich zu den Triebwagen liefert Stadler eine Mehrzweck-Lok mit elektrischem Antrieb und Euro-II-IB-Dieselmotor, der unter anderem im Winter zum Antrieb einer Schneefräse verwendet werden kann.

Das Auftragsvolumen für Stadler liegt bei 38,8 Mio. EUR netto, wovon 33,6 Mio. EUR auf die Triebwagen, 3,9 Mio. EUR auf die Mehrzwecklokomotiven und 1,3 Mio. EUR auf Ersatzteile entfallen. Quelle: nov-ost.info 22.10.2018

Modernisierungsprogramm für Sofias Straßenbahnen

Die EU-Kommission gewährt der bulgarischen Hauptstadt Fördermittel in Höhe von 46,6 Mio. EUR zur Modernisierung der Straßenbahninfrastruktur.

Den Angaben aus Brüssel zufolge stammen die Gelder aus dem Europäischen Regionalentwicklungsfonds ERDF. Gefördert wird zum einen die Anschaffung neuer Niederflurtrams und zum anderen die Modernisierung der Trasse entlang der Hauptstraßen ul. Kameno-delska und bul. Tsar Boris III. Hier bündelten sich fünf Linien, darunter die besonders stark genutzte Linie 5 mit täglich mehr als 50.000 Fahrgästen, hieß es. Eine weitere Maßnahme ist die Modernisierung der Verkehrsleit- und Fahrgastinformationssysteme.

Die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Corina Cretu kommentierte: „Dank dieser Förderung erhalten die Bewohner von Sofia eine moderne und bequeme Straßenbahn, außerdem wird die Luft in der Hauptstadt besser.“

In der vergangenen EU-Haushaltsperiode erhielt Sofia bereits eine ERDF-Förderung über 34 Mio. EUR. Quelle: nov-ost.info 12.10.2018

Zweiter Anlauf für Bahninfrastrukturprojekte in Gdynia und Gdańsk

Die polnische Eisenbahn-Infrastrukturgesellschaft PKP PLK hat eine Neuausschreibung von drei Projekten zur Verbesserung der Bahninfrastruktur in den Häfen von Gdansk und Gdynia sowie auf den Zufahrtsstrecken dorthin vorgenommen. Alle drei Ausschreibungen waren im September wegen Überschreitung der Kostenvoranschläge um zwei Drittel bis das Doppelte annulliert worden.

Beim größten der drei Projekte geht es um Arbeiten im Bereich des Bahnhofs Gdynia Port. Bei der Vorgängerausschreibung ging die PKP PLK hier von Kosten in Höhe von 1,112 Mrd. PLN (258 Mio. EUR) aus, diesmal veröffentlichte sie keinen Kostenvoranschlag. Die Bieterfrist für das Projekt läuft bis 28. November.

Im Rahmen des zweiten Projekts geht es um Arbeiten an den Linien 226 und 965 sowie an den Bahnhöfen Gdansk Port Pólnocny und Gdansk Kanal Kaszubski. Hier lag der Kostenvoranschlag zuvor bei 547,66 Mio. PLN (124,7 Mio. EUR), ein neuer Wert wurde nicht mitgeteilt. Die Bieterfrist endet am 26. November.

Das dritte und kleinste Projekt umfasst Arbeiten an den Linien 227/249 und 722 sowie am Bahnhof Gdansk Zaspas Towarowa und sollte ursprünglich 209,1 Mio. PLN (48,3 Mio. EUR) kosten. Ein neuer Kostenvoranschlag wurde auch hier nicht mitgeteilt, die Angebotsfrist endet am 21. November.

Quelle: nov-ost.info 16.10.2018

Vertrag für Metroverlängerung nach Bródno unterzeichnet

In Warschau ist am Freitag (28. September) der Vertrag zur Verlängerung der Metrolinie 2 bis zur neuen Entstation Bródno im Nordosten der Stadt unterzeichnet worden.

Nach Angaben der Betreibergesellschaft Metro Warszawskie wird das Teilstück knapp vier Kilometer lang und umfasst die drei Bahnhöfe Zacisze, Kondratowicza und Bródno. In Bródno entsteht zudem ein Betriebshof mit einer Halle mit elf Gleisen.

Der Vertrag ging an ein Konsortium von Astaldi mit Gülermak, das den Abschnitt in den nächsten drei Jahren für knapp 1,4 Mrd. PLN (327 Mio. EUR) errichten wird. Die gesamte Metrolinie M2 soll 2023 fertig werden.

Seit 2015 befindet sich der knapp 6 km lange zentrale Abschnitt in Betrieb. Im Bau befinden sich derzeit die anschließenden Abschnitte im Westen und Nordosten mit jeweils drei Stationen. Im Westen (3,4 km) baut Gülermak, im Nordosten (3,1 km) Astaldi. Beide Firmen im Konsortium haben darüber hinaus den Zuschlag für die Abschnitte Wola Park-Powstanców Slaskich und Powstanców Slaskich-Betriebsbahnhof Mory am westlichen Ende der M2 erhalten

Quelle: nov-ost.info 1.10.2018

EU-Fördermittel für Bahnstrecke Plovdiv-Burgas

Die Europäische Union gewährt Bulgarien Fördermittel in Höhe von 293,4 Mio. EUR für die Modernisierung der Bahnstrecke zwischen der zweitgrößten Stadt Plovdiv und Burgas am Schwarzen Meer.

Wie die für Regionalpolitik zuständige Kommissarin Corina Crețu mitteilte, stammen die Mittel aus dem Kohäsionsfonds und sollen dazu beitragen, die Strecke für Geschwindigkeiten zwischen 130 und 160 km/h zu ertüchtigen. Crețu erklärte, dadurch könne die Fahrzeit um rund 40 Minuten verkürzt werden, und die Bahn werde damit wettbewerbsfähiger. Auch würden der Fahrkomfort und die Sicherheit auf der Strecke verbessert.

Das Projekt umfasst neben einer Überholung der Gleise auch neue Signal- und Kommunikationsanlagen sowie die Modernisierung bzw. den Neubau von Über- und Unterführungen.

Quelle: nov-ost.info 16.11.2018

Letzter Auftrag für Warschauer M2 vergeben

In Warschau ist am Donnerstag (15. November) der letzte noch offene Auftrag zum Bau der Metrolinie M2 vergeben worden.

Wie der U-Bahn-Betreiber Metro Warszawskie mitteilt, handelt es sich um den Abschnitt zwischen den Stationen Ksiecica Janusza und Powstanców Slaskich mit dem Unterwegsbahnhof Ulrychów (bisheriger Arbeitsname Wola Park) in den Stadtteilen Wola und Bemowo. Der Abschnitt ist 2,5 km lang und wird für 959 Mio. PLN (223 Mio. EUR) von der türkischen Gülermak im Konsortium mit der italienischen Astaldi errichtet. Die Fertigstellung der gesamten M2 ist für 2023 geplant.

Astaldi und Gülermak haben einzeln oder im Konsortium sämtliche Aufträge zum Bau der M2 erhalten. Erst vor wenigen Tagen unterzeichnete das Konsortium (mit Astaldi als Konsortialführer) den Vertrag für den abschließenden westlichen Abschnitt zwischen den Stationen Powstanców Slaskich und Karolin für 1,623 Mrd. PLN (380 Mio. EUR), im September in derselben Konstellation den Vertrag für den Abschnitt von Trocka bis zur neuen Endstation Bródno im Nordosten Warschaus für 1,4 Mrd. PLN (327 Mio. EUR).

Gülermak baut derzeit außerdem aktuell an dem Abschnitt Rondo Daszynskiego-Ksiecica Janusza westlich des bereits eröffneten zentralen Abschnitts für 1,148 Mrd. PLN (267 Mio. EUR), Astaldi an der Strecke Dworzec-Wilenski-Trocka rechts der Weichsel für 1,06 Mrd. PLN (246 Mio. EUR). Das Auftragsvolumen aller aktuell beauftragten Abschnitte beläuft sich damit auf 1,44 Mrd. EUR, zusammen mit dem 2015 eröffneten zentralen Abschnitt sind es sogar 2,4 Mrd. EUR.

Quelle: nov-ost.info 15.11.2018

335 moderne Waggons für PKP Intercity

Die polnische PKP Intercity nutzt eine Option zur Modernisierung weiterer Reisezugwagen durch PESA.

Wie das Bahnunternehmen am Dienstag bekannt gab, kommen zu den drei in diesem Jahr bereits mit PESA unterzeichneten Verträgen über 163 Waggons nun noch 82 Waggons hinzu, sodass PKP Intercity von PESA insgesamt 245 moderne Waggons erhält. Der Auftragswert für alle fünf Aufträge summiert sich auf mehr als 1 Mrd. PLN (232,6 Mio. EUR).

Die erste Option umfasst 42 Abteilwagen 2. Klasse zusätzlich zu den bereits bestellten 83 Wagen, der Auftragswert erhöht sich dadurch von 312 Mio. PLN auf 470 Mio. PLN (109 Mio. EUR) brutto. Die zweite Option betrifft 20 Waggons 1.+2. Klasse zusätzlich zu den bereits bestellten 40 Waggons, wodurch sich der Wert dieses Auftrags von 166 Mio. PLN auf 248 Mio. PLN (57,7 Mio. EUR) erhöht. Beim dritten Auftrag geht es um sogenannte COMBI-Waggons, in denen verschiedene zusätzliche Angebote wie Fahrradabteile, Rollstuhlteile, Spielabteile etc. eingebaut werden. Bislang hat PKP Intercity 40 Waggons dieses Typs für 208 Mio. PLN bestellt, mit der Option kommen nochmals 20 hinzu, und der Auftragswert steigt auf 311 Mio. PLN (72,3 Mio. EUR).

Weiter meldet PKP Intercity den Erhalt der ersten zehn durch H. Cegielski FPS modernisierten Reisezugwagen. Bei Cegielski hatte das Bahnunternehmen im August 2017 zunächst die Modernisierung von 60 Waggons für 273 Mio. PLN in Auftrag gegeben und im vergangenen Monat eine Option auf weitere 30 gezogen, sodass der Auftragswert hier auf 410 Mio. PLN (96 Mio. EUR) gestiegen ist.

Quelle: nov-ost.info 14.11.2018

Weitere Ausschreibung für Bahnanlagen in polnischen Häfen

Die polnische Eisenbahn-Infrastrukturgesellschaft PKP PLK hat eine Ausschreibung zur Modernisierung der Bahnanlagen in den Häfen Szczecin und Swinoujscie geschaltet.

Laut Ausschreibungsbekanntmachung läuft die Bieterfrist bis 10. Januar des kommenden Jahres. Ziel der Maßnahmen ist eine schnellere Abfertigung und Erhöhung der Abfertigungskapazität, um die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen im Güterverkehr zu steigern. Dazu sind unter anderem der Umbau von 160 km Gleis und von vier Brücken geplant, außerdem sollen ausgewählte Abschnitte elektrifiziert und die Signaltechnik ausgetauscht

werden. Am Containerterminal Ostrów Grabowski in Szczecin sollen insgesamt 5 km Gleis umgebaut werden, der Hafen Swinoujscie erhält drei neue Zustell- und Abholgleise mit zusammen 2 km Länge.

Die Finanzierung des Projekts erfolgt zum Großteil aus Fördermitteln des EU-Programms CEF. Zum Kostenvoranschlag machte die PLK in ihrer Ankündigung keine Angaben, allerdings wurde bei der Bewilligung der CEF-Fördermittel im letzten Jahr von Kosten in Höhe von 628,2 Mio. PLN (145 Mio. EUR) ausgegangen. Die bewilligte Fördermittelsumme beläuft sich auf 534 Mio. PLN (124 Mio. EUR) bzw. 85% der Kosten.

Quelle: nov-ost.info 21.11.2018

Talgo gewinnt lettischen Bahn-Tender

Der spanische Schienenfahrzeughersteller Talgo hat eine Ausschreibung der lettischen Pasažieru vilciens (PV) für die Beschaffung neuer Elektrotriebzüge gewonnen.

Wie PV-Vorstandschef Rodžers Janis Grigulis in Riga der Presse mitteilte, setzte sich Talgo mit einem Angebot über 225,3 Mio. EUR durch. Um die Lieferung von insgesamt 32 neuen Zügen nach Lettland hatten sich auch die ebenfalls spanische CAF, die polnische Tochter der schweizerischen Stadler und die tschechische Škoda vagonka beworben. Der Tender verlief in mehreren Stufen, zuletzt erfolgte die Legung der finanziellen Angebote.

Grigulis erklärte, man habe nicht nur die Kosten für die Herstellung und Lieferung der Züge berücksichtigt, sondern auch die Wartungs- und Betriebskosten, darunter die Kosten für Ersatzteile und den Energieverbrauch. Es handelte sich mittlerweile um den dritten Anlauf zur Beschaffung neuer Züge für PV.

PV ist in der Personenbeförderung zuständig und entstand durch Ausgliederung aus der staatlichen Eisenbahngesellschaft Latvijas dzelzceļš (LDz). Seit 2008 ist sie ein eigenständiges staatliches Unternehmen.

Quelle: nov-ost.info 21.11.2018

EIB-Kredit für Krakauer Straßenbahnen

Die Krakauer Nahverkehrsgesellschaft MPK Kraków erhält einen Kredit in Höhe von 376 Mio. PLN (87 Mio. EUR) von der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Wie die Bank anlässlich des Klimagipfels COP24 in Katowice bekannt gab, ist der Kredit

für den Kauf von 90 neuen, Energie sparenden Niederflurstraßenbahnen sowie für die Modernisierung vorhandener Fahrzeuge vorgesehen.

„Der Kreditvertrag mit der EIB erlaubt es MPK, die Pläne zur Modernisierung ihres Fuhrparks fortzusetzen. Im September planen wir die Unterzeichnung eines Vertrags mit dem Konsortium aus Stadler Polska und Solaris Bus & Coach zum Kauf von 15 weiteren neuen Straßenbahnen als Teil des im Januar dieses Jahres unterzeichneten Rahmenvertrags. Für das kommende Jahr planen wir zudem eine Ausschreibung für 40 weitere Straßenbahnen“, erklärte Mariusz Szalkowski, stellvertretender Vorstandschef von MPK Kraków.

Für die EIB ist es bereits die dritte Kreditvergabe an MPK Kraków seit 2010. Insgesamt beläuft sich das Volumen der drei Kredit auf 618 Mio. PLN (144 Mio. EUR). Dank der Kredite und EU-Fördermittel und Gesamtinvestitionen von 1 Mrd. PLN (233 Mio. EUR) werden in Kraków in wenigen Jahren nur noch moderne Niederflurstraßenbahnen verkehren.

Quelle: nov-ost.info 5.12.2018

PLK-Neuausschreibungen gehen nach hinten los

05.12.2018 Polen

(nov-ost.info) Die Neuausschreibung von drei Projekten zum Ausbau der Gleisanlagen in den Häfen von Gdynia und Gdansk durch die polnische Eisenbahn-Infrastrukturgesellschaft PKP PLK hat nicht zu günstigeren Preisen geführt – im Gegenteil.

Wie die PKP PLK nach Öffnung der Angebote bekannt gab, ist der günstigste Bieter für die Arbeiten im Hafen Gdynia diesmal Budimex mit einer Summe von 1,96 Mrd. PLN (458 Mio. EUR) brutto – das sind 76% mehr als der Kostenvoranschlag von 1,113 Mrd. PLN vorsah. In der ersten Ausschreibung hatte Bestbieter Torpol mit 1,843 Mrd. PLN (428 Mio. EUR) zwei Drittel über dem Kostenvoranschlag gelegen. Diesmal bot Torpol einen Preis von 2,417 Mrd. PLN (564,5 Mio. EUR).

Bei der zweiten Ausschreibung, bei der es um Arbeiten an den Linien 226 und 965 sowie an den Bahnhöfen Gdansk Port Północny und Gdansk Kanal Kaszubski geht, legte ebenfalls Budimex das mit 941,6 Mio. PLN (220 Mio. EUR) günstigste Angebot vor. Damit ist der Kostenvoranschlag von 547,6 Mio. PLN (128 Mio. EUR) hier um 72% überschritten. Torpol, die im ersten Anlauf mit 848,7 Mio. PLN (197 Mio. EUR) Bestbieter war, ging diesmal als Konsortialpartner von Intercor mit einem Preis von 1,137

Mrd. PLN (265 Mio. EUR) ins Rennen, auf dem Preiszettel von Grupa Trakcja steht sogar eine Summe von 1,299 Mrd. PLN (303,4 Mio. EUR).

Bei dem dritten und kleinsten Projekt, bei dem es um Arbeiten an den Linien 227/249 und 722 sowie am Bahnhof Gdansk Zaspas Towarowa geht, ist China Civil Engineering Construction Corporation mit 512,7 Mio. PLN (120 Mio. EUR) der günstigste von acht Bietern – allerdings übersteigt diese Summe die Vorstellungen der PLK (209,1 Mio. PLN / 48,3 Mio. EUR) um 145%. Bei der ersten Ausschreibung hatte das ortsansässige Bauunternehmen PPMT das mit 411 Mio. PLN (96 Mio. EUR) günstigste Angebot eingereicht. Diesmal gelangte PPMT zu einem Preis von 535 Mio. PLN, das teuerste Angebot legte auch hier Trakcja mit 649 Mio. PLN vor.

Insgesamt klafft für die drei Projekte im Ergebnis der Neuausschreibung eine Lücke von mehr als 1,5 Mrd. PLN (361 Mio. EUR) zwischen Angeboten und Budget, verglichen mit 1,2 Mrd. PLN (288 Mio. EUR) nach der ersten Ausschreibung.

Quelle: nov-ost.info 5.12.2018

Züge für Koleje Dolnośląskie so teuer wie zuvor

04.12.2018 Polen (nov-ost.info) Die von der niederschlesischen Regionalbahngesellschaft Koleje Dolnoslaskie (KD vorgenommene Neuausschreibung der Lieferung von fünf Elektro- und sechs Dieseltriebzügen hat nicht zu der von der KD erhofften Preissenkung geführt.

Wie die KD am Dienstag bekannt gab, gab es für die fünf viergliedrigen EMU zwar ein zusätzliches Angebot von PESA, das mit 122 Mio. PLN (28,4 Mio. EUR) brutto für die Basisbestellung allerdings noch teurer war als das von Newag, die die Züge diesmal für 116,5 Mio. PLN (27,2 Mio. EUR) anbot – 4,3 Mio. PLN teurer als bei der ersten Ausschreibung. Für die sechs dreigliedrigen DMU reichte auch diesmal nur Newag ein Angebot ein, das mit 134,4 Mio. PLN (31,4 Mio. EUR) fast genauso hoch ausfiel wie im ersten Anlauf.

Die KD hatte gehofft, die fünf EMU für 98,4 Mio. PLN (23 Mio. EUR) und die DMU für 110,7 Mio. PLN (25,8 Mio. EUR) brutto kaufen zu können. Die Option zum Kauf weiterer Züge war von der KD von ursprünglich 20 auf nur noch zehn zusätzliche EMU zusammengestrichen worden, der Kostenvoranschlag für alle 15 EMU lag bei 295,2 Mio. PLN (68,9 Mio. EUR) brutto.

Quelle: nov-ost.info 4.12.2018

Reges Interesse an Rail Baltica-Ausschreibungen

Die Projektgesellschaft RB Rail hat die Ergebnisse der zweiten Stufe zweier Ausschreibungen für den Bau der Bahntrasse Rail Baltica bekannt gegeben.

Wie das Gemeinschaftsunternehmen der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen mitteilte, geht es um die Planung und die Bauaufsicht für die Abschnitte Van-gaži-Salaspils-Misa in Lettland bzw. Tallinn-Rapla in Estland. Für den lettischen Abschnitt hätten sich dabei bislang sechs internationale Unternehmen und Konsortien qualifiziert, für den Abschnitt auf der estnischen Seite hätten sogar zehn Bieter den Sprung auf die Shortlist geschafft.

Mart Nielsen, technischer Direktor bei RB Rail, hob als besondere Herausforderungen u.a. den Bau einer neuen Brücke über die Daugava bei Riga sowie eine Überführung über die Schnellstraße Tallinn-Rapla hervor.

Das lettische Teilstück hat eine Länge von 67 km und umfasst auch einen Anschluss an ein neues Intermodal-Logistikzentrum in Salaspils. In Estland geht es um einen 48 km langen Abschnitt. Die Frist für die Einreichung von Angeboten endet am 13. Februar 2019 (estnisches Projekt) bzw. am 19. Februar 2019 (lettisches Projekt).

Quelle: nov-ost.info 12.12.2018

Stadler liefert weitere 15 Trams nach Kraków

Das Krakauer Nahverkehrsunternehmen MPK Kraków hat weitere 15 neue Straßenbahnen aus dem Rahmenertrag mit Stadler abgerufen.

Wie das Unternehmen am Mittwoch bekannt gab, konnte der Vertrag nach Abschluss der entsprechenden Kreditvereinbarung mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) unterzeichnet werden. Das Auftragsvolumen für die 15 Bahnen liegt bei 133 Mio. PLN (31 Mio. EUR), zusammen mit den im Januar bestellten 35 Bahnen hat der Gesamtvertrag ein Volumen von 447 Mio. PLN (104 Mio. EUR).

„Wir werden den Auftrag in den Stadler-Werken in Siedlce und in Sroda Wielkopolska realisieren. Die Fahrzeuge werden innerhalb von 24 Monaten geliefert. Wir wollen mit der Lieferung im ersten Quartal 2020 beginnen und sie bis Ende 2020 abschließen“, erklärte Tomasz Prejs, Geschäftsführer von Stadler Polska.

Für das erste Quartal 2019 plant MPK Kraków die nächste Ausschreibung, diesmal über 40 Straßenbahnen mit der Option auf 20 weitere.

Quelle: nov-ost.info 13.12.18

Neue Trams für ukarest

Die Behörden der rumänischen Hauptstadt haben eine Ausschreibung für den Erwerb von 100 neuen Straßenbahnen eingeleitet.

Den Angaben aus Bukarest zufolge wird der Wert der Beschaffungsmaßnahme mit 845,7 Mio. RON (181,5 Mio. EUR) netto veranschlagt. Die Frist für die Einreichung von Angeboten endet am 14. Februar 2019, doch wird der Sieger voraussichtlich erst im Juli bekannt gegeben. Geplant ist der Kauf von Niederflurtrams mit einer Länge von 36 m und mindestens fünf Doppeltüren, die alle von demselben Hersteller stammen müssen. Die erste Tram soll spätestens neun Monate nach Vertragsunterzeichnung ausgeliefert werden.

Die Bahnen kommen auf den Linien 1, 10, 21, 25, 32, 40, 41 und 55 zum Einsatz, wobei für die Linien 1, 10, 21, 25 und 32 je zwölf Bahnen beschafft werden, für die Linien 40 und 55 je zehn und für die Linie 41 zwanzig. Aktuell verkehren in Bukarest rund 200 Straßenbahnen, von denen viele alt und verschlissen sind.

Quelle: nov-ost.info 13.12.2018

Stuttgarter Strassenbahnen SSB investieren 2019 105 Millionen Euro

Ein stattliches Investitionsprogramm von 105 Millionen Euro planen die SSB im kommenden Jahr 2019. Davon sollen 60,5 Millionen Euro in den weiteren Stadtbahnausbau fließen, der Kauf von Fahrzeugen wird mit 14,4 Millionen Euro kalkuliert und in die Betriebs- und Geschäftsausstattung sollen 21,6 Millionen Euro investiert werden.

Eine beträchtliche Herausforderung für die SSB ist die Grunderneuerung der teilweise 30 Jahre alten Infrastruktur, für welche im Mehrjahresplan bis 2022 knapp eine halbe Milliarde Euro investiert werden müssen, wovon 348 Millionen davon die SSB selbst aufbringen müssen.

Aktuell bauen die SSB an der Verlängerung der U6 zum Flughafen und zur Messe. Im Frühjahr 2019 wird ein neuer Fahrsimulator für den Ausbildungsbetrieb in Betrieb

genommen. Für die berühmte „Zacke“ die Zahnradbahn zwischen Marienplatz und Degerloch wurden bei der Firma Stadler 3 neue Bahnen inklusive Vorstellwagen für 20 Fahrräder bestellt. Insgesamt werden in die Erneuerung der Zacke 18 Millionen Euro investiert. Auch ist nun ein Standort für einen vierten Stadtbahnbetriebshof im Stadtteil Weilimdorf gefunden worden.

Quelle: Amtsblatt Stuttgart Nr.50 vom 13.12.2018

Tallinn kauft weitere Trams

Das in der estnischen Hauptstadt aktive ÖPNV-Unternehmen Tallinna Linnatranspordi AS (TLT) hat eine Ausschreibung für acht neue Straßenbahnen gestartet.

Wie das Unternehmen bekannt gab, ist darin auch die Option auf weitere 15 neue Trams vorgesehen. Der Sieger in dem Verfahren soll im kommenden Frühjahr ermittelt werden. Aktuell betreibt das Unternehmen einen Park aus 20 modernen Trams des spanischen Schienenfahrzeughersteller CAF sowie 50 ältere, teilweise jedoch modernisierte Züge.

TLT-Vorstandschef Deniss Boroditš erklärte, man habe seit der Inbetriebnahme der neuen Trams einen deutlichen Anstieg der Fahrgastzahlen verzeichnen können und erhoffe sich nun denselben Effekt.

TLT betreibt neben den genannten Straßenbahnen auch eine Flotte aus 469 Bussen und 51 Oberleitungsbussen.

Quelle: nov-ost.info 15.12.2018

Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH (AVG) bestellt weitere 20 Flexity Strassenbahnen bei Bombardier

Bombardier Transportation und die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH (AVG) haben eine Abruflbestellung für die Lieferung von 20 weiteren Flexity Straßenbahnen unterzeichnet. Dieser dritte Abruf basiert auf einem Rahmenvertrag über insgesamt 75 Fahrzeuge aus dem Jahr 2009. Der Gesamtwert der aktuellen Bestellung beläuft sich auf rund 87 Mio. EUR. Die Fahrzeuge werden zwischen Mai 2020 und März 2012 ausgeliefert. Damit hat die AVG jetzt insgesamt 62 Fahrzeuge abgerufen. Die Zweisystemfahrzeuge sind sowohl im Straßenbahnnetz als auch im Eisenbahnnetz im Einsatz. Jede Bahn hat eine Länge von 37 m und bietet 244 Personen Platz, davon stehen 93 Sitzplätze zur Verfügung. Bis zu vier Bahnen können miteinander gekuppelt werden.

Quelle: RailBusiness 17.12.2018



Vertrag für Krakauer Nordring unterzeichnet

Die polnische Straßenbaudirektion GDDKiA hat am Dienstag (13. November) den Vertrag zum Bau der Schnellstraße S52 unterzeichnet, des Autobahn-Nordrings für Kraków.

Generalauftragnehmer für die Errichtung der 12,5 km langen Strecke ist ein Konsortium der türkischen Gülermak mit der polnischen Mosty Łódź, das Auftragsvolumen liegt bei 1,428 Mrd. PLN (332 Mio. EUR).

„Der Nordring für Kraków ist ein Beispiel dafür, dass die aktuelle Regierung effektiv arbeitet und Wort hält. Dies ist ein für die Stadt und die Region sehr wichtiges Investitionsvorhaben, das in keinem der bisherigen Entwicklungspläne für die Straßeninfrastruktur vorgesehen war. Nur wenig mehr als zwei Jahre nach der Entscheidung zum Bau der Straße können wir heute den Vertrag dafür unterschreiben“, erklärte Infrastrukturminister Andrzej Adamczyk.

Gülermak und Mosty Łódź haben für die Ausführungsplanung, die Einholung der Baugenehmigung und den Bau insgesamt 47 Monate Zeit. Die S52 wird sechsspurig ausgebaut und erhält drei Tunnel mit 870 m, 653 m bzw. 98 Metern Länge, Außerdem entstehen drei neue Anschlussstellen, 27 Brücken, 4 km Stützmauern und 20 km Zufahrtsstraßen. Die S52 wird alle Ausfallstraßen im Norden Krakaus mit der Autobahn A4 und der Schnellstraße S7 verbinden. Die Prognosen gehen davon aus, dass die Strecke schon 2025 ein Verkehrsaufkommen von 30.000 Fahrzeugen am Tag aufweisen wird.

Quelle: nov-ost.info 13.11.2018

Tschechien plant Baubeginn für 178 km Straßen

Das tschechische Verkehrsministerium plant für dieses Jahr den Baubeginn an 178 km neuen Autobahnen, Schnell- und Fernstraßen.

Nach Angaben des Ressorts entfallen davon 50 km auf den Neubau der Autobahn D1 in der bisherigen Trassenlage, 80 km auf neue Teilstücke anderer Autobahnen und 48 km auf neue Fernstraßenabschnitte. Im Bau befinden sich aktuell 187 km, davon neben

der D1 vor allem die D3 nach Südböhmen, die D6 nach Karlovy Vary, die D35 nach Olomouc, die D7 nach Chomutov, die D11 nach Hradec Králové sowie die gesamte D48 einschließlich der Umgehung von Frýdek-Místek und dem Anschluss an die D56 sowie die Umgehung von Otrokovice im Zuge der D55.

Fertig werden sollen davon in diesem Jahr 47 km, nämlich 22,4 km der D1 zwischen Prerov und Lipník und der D3 zwischen Bošilec und Ševetín sowie 25 km Fernstraße in Form der Umgehungsstraßen von Slaný, Lechovice und Znojmo.

Im letzten Jahr wurden 45 km Autobahnen und Fernstraßen eröffnet, wovon jedoch allein 26 km auf modernisierte Abschnitte der D1 entfielen.

Quelle: nov-ost.info 8.1.2019

Polen plant neue Ausschreibungen für 435 km Straße

Die polnische Straßenbaudirektion GDDKiA plant für dieses Jahr die Ausschreibung von 17 neuen Projekten zum Bau von Autobahn- und Schnellstraßenabschnitten sowie Umgehungsstraßen.

Das Budget für die insgesamt 435 km langen Neubaustrecken liegt bei 20 Mrd. PLN (4,6 Mrd. EUR), die Finanzierung ist laut GDDKiA in allen Fällen bereits gesichert.

Absoluter Schwerpunkt der Ausschreibungstätigkeit wird in diesem Jahr die quer durch Ostpolen verlaufende Schnellstraße S19 sein, auf der allein 172 km in den Wojewodschaften Podlaskie und Podkarpackie ausgeschrieben werden sollen. Hinzu kommen 60 km der S7 in Masowien (Plonsk-Czosnów) und Kleinpolen (Moczydło-Szczepanowice), knapp 50 km der S11 in Westpommern (Koszalin-Bobolice), 47 km der S1 in Schlesien (Mysłowice – Bielsko-Biala) und 37 km der A2 zwischen Minsk Mazowiecki und Siedlce. Außerdem sollen der letzte Abschnitt der S3 bis Swinoujście und der noch fehlende Abschnitt der S14 im Westen von Łódź ausgeschrieben werden.

Die GDDKiA will bei den Ausschreibungen neue Standards und Lösungen einsetzen, um die Auswahl der Auftragnehmer zu verkürzen. Dabei soll unter anderem eine von der Erfüllung der Teilnahmevoraussetzungen unabhängige Bewertung der Angebote erfolgen. Die Bewerber müssen nur noch eine Erklärung über die Erfüllung der Voraussetzung einreichen, deren Prüfung nicht mehr bei allen Bietern, sondern nur noch beim Bestbieter erfolgt. Mit weiteren Änderungen soll eine Senkung der Anzahl von Einsprüchen erreicht werden.

Quelle: nov-ost.info 9.1.2018

Projektmanagementleistungen für Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke in Köln ca. 32 % teurer als erwartet

Die Projektmanagementleistungen für die Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke in Köln werden ca. 32 % teurer als erwartet, denn zwar waren 5 Angebote vorgelegen, doch statt der ursprünglich veranschlagten 500 000 EUR wurde der Auftrag für 659 256.00 EUR am 9.10.2018 an die ZETCON Ingenieure GmbH in 44801 Bochum vergeben.

8.11.2018



EE-PORTAL.EU

BMVI startet neuen Förderaufruf Ladeinfrastruktur

Heute hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) seinen dritten Aufruf zur Förderung des Aufbaus von öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur veröffentlicht. Ab dem 22. November 2018 können erneut Förderanträge für E-Ladestationen gestellt werden. Mit dem dritten Aufruf des Bundesprogramms Ladeinfrastruktur fördert das BMVI die Errichtung von bis zu 10.000 Normal- und 3.000 Schnellladepunkten. Dafür stehen rund 70 Millionen Euro bereit. Der Aufruf endet am 20. Februar 2019.

Bundesminister Andreas Scheuer:

Mit unserem Förderprogramm Ladeinfrastruktur bringen wir Ladesäulen in die Fläche und den Strom zu den E-Autos. In den ersten beiden Förderaufrufen sind mehr als 3.000 Anträge eingegangen – ein großer Erfolg! Über 15.000 Ladepunkte konnten schon bewilligt werden. Jetzt wollen wir mit Hilfe unseres neuen Standort-Tools gezielt die vorhandenen „weißen Flecken“ im Ladeinfrastrukturnetz beseitigen. Für die Gebiete mit besonders hohem Bedarf haben wir daher die Förderquote auf 50 % erhöht. Das ist ein weiterer Schritt, eine flächendeckende und bedarfsorientierte Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge in Deutschland zu schaffen. Parallel unterstützt das BMVI den Aufbau der Ladeinfrastruktur auf den Autobahnraststätten.

Das Bundesprogramm Ladeinfrastruktur des BMVI trifft auf eine sehr große Nachfrage.

Alle in den ersten beiden Förderaufrufen eingegangenen Anträge werden bis Ende dieses Jahres beschieden sein. Bisher wurden Anträge für insgesamt 15.803 Ladepunkte, davon 13.473 Normalladepunkte und 2.330 Schnellladepunkte bewilligt. Das entspricht einem Fördervolumen von mehr als 76 Millionen Euro. Damit wurde die Zahl der vorhandenen Ladepunkte mehr als verdoppelt.

Mit dem dritten Förderaufruf kommt erstmalig ein webbasiertes Standorttool zum Einsatz, das Versorgungslücken im bundesweiten Ladenetz identifizieren kann. Dort fließen unter anderem Verkehrs- und Mobildaten, Nutzerdaten von Elektrofahrzeugen und sozio-ökonomische Daten ein. Mit Hilfe dieses Tools wird ein flächendeckender und nachfrageorientierter Aufbau der Ladeinfrastruktur gewährleistet.

Ziel des Bundesprogramms Ladeinfrastruktur ist der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur mit bundesweit 15.000 Ladesäulen. Dafür stellt das BMVI bis 2020 insgesamt 300 Millionen Euro bereit. Private Investoren, Städte und Gemeinden können Förderanträge stellen. Die Förderung umfasst bis zu 50 Prozent der förderfähigen Kosten und neben der Errichtung der Ladesäule auch den Netzanschluss und die Montage. Voraussetzung für die Förderung ist unter anderem, dass die Ladesäulen öffentlich zugänglich sind und mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben werden.

Weitere Infos zum Bundesprogramm Ladeinfrastruktur:

www.bmvi.de/foerderrichtlinie-ladeinfrastruktur

Die Programmgesellschaft des BMVI, die NOW GmbH wird gemeinsam mit regionalen Partnern in den kommenden Wochen in zwölf Städten Deutschlands über das Förderprogramm Ladeinfrastruktur informieren. Nähere Informationen finden Sie unter: <https://www.now-gmbh.de/de/aktuelles/veranstaltungen/infokampagne-lis>

Quelle: 1prssemitteilung BMVI Nr. 092/2018 vom 19.11.2018

Innovationen für Ladeinfrastruktur und Elektromobilität

Eine neue Messe hat sich in München etabliert, die **Power2Drive Europe**, die internationale Fachmesse für Ladeinfrastruktur und Elektromobilität,

welche vom 20.-22.Juni 2018 erstmals stattfand und ihre Fortsetzung am 15.-17. Mai 2019 finden wird. und wo Aussteller aus aller Welt innovative Ladelösungen und Technologien für die Elektromobilität präsentieren werden. Dieser Markt ist sehr expansiv, denn laut einer Studie der Technischen Universität München könnten bis 2030 allein in

Deutschland rund acht Millionen Elektrofahrzeuge unterwegs sein. Aktuell sind es rund 130.000. Voraussetzung dafür sind jedoch ausreichend verfügbare Lade- und Schnellladestationen. Bis 2030 prognostiziert die Studie für Deutschland eine Anzahl von etwa 4,7 Millionen, darunter 200.000 Schnellladestationen und 2,5 Millionen an privaten Standorten. Das bedeutet enormes Wachstum: Denn im September 2017 standen nur 4.730 öffentliche Stationen zur Verfügung. Mit dieser Prognose werden positive Signale in den Markt gesendet und neue Potenziale eröffnet, die noch ausgeschöpft werden können.

Im Fokus stehen dabei die diversen Typen von Schnellladestationen.

Deshalb arbeiten viele Hersteller an innovativen Lösungen für das Laden mit hohen Leistungen bis zu 350 Kilowatt, dem sogenannten High Power Charging (HPC). Das ist die dreifache Leistung, die Tesla derzeit bei seinem Super Charger mit 120 Kilowatt verwendet. Im Fokus des HPC stehen auch höhere elektrische Spannungen. Künftige Systeme werden statt 230 Volt oder 400 Volt sogar 800 Volt verwenden. Das bringt Vorteile, denn es verkürzt die Ladezeit, reduziert die benötigten Kabelquerschnitte und damit auch das Gewicht der im Auto verbauten Komponenten.

Auch Porsche Engineering hält die 800-Volt-Ladesysteme für eine Kerntechnologie, damit Elektroautos den Durchbruch schaffen. Der Autobauer hat deshalb zusammen mit Ads-tec, einem Anbieter von Batterie- und Speichertechnologien, ein Schnellladesystem mit 320 Kilowatt Gleichstrom entwickelt. Es misst 1,20 Meter Kantenlänge und versorgt E-Fahrzeuge mit Spannungen zwischen 400 bis 920 Volt. Während Porsche Engineering bei der Power2Drive Europe (Stand C1.631) als Aussteller präsent ist, kann der Batterie-Partner Ads-tec auf der parallel stattfindenden ees Europe auf dem Messestand B1.230 besucht werden.

Als weiteres gutes Beispiel stellt der Windturbinenhersteller Enercon (Stand C1.751) die neue Schnellladestation E-Charger 600 vor. An bis zu vier Ladesäulen kann mit je 350 Kilowatt Leistung geladen werden. Die Station ist modular aufgebaut und kann in 60-Kilowatt-Schritten erweitert werden. Enercon will also künftig nicht nur Windturbinen herstellen, sondern auch den gewonnenen Strom über eigene Ladestationen vermarkten.

Einen innovativen High Power Charger baut auch das 2013 in Tel Aviv gegründete Unternehmen Chakratec (Stand C1.660). Es stellt den sogenannten kinetischen Power Booster vor, der nach dem Schwungradkonzept funktioniert. Die kinetischen Batterien bieten eine fast unbegrenzte Anzahl von tiefen Lade- und Entladungszyklen und hohen Lade- und Entladestärken (C-Raten), um schnelle Leistung abzurufen. Der kinetische Power Booster ist ebenfalls modular aufgebaut, beginnt ab einer Leistung von 100 Kilo-

watt und ist laut Firmenangaben skalierbar auf mehrere Megawatt.

Eine gute Marktübersicht liefert dabei eine Broschüre, welche hier zum Download zur Verfügung steht. Quelle: Press Release DE Dienstag, 05. Juni 2018



BESCHAFFUNGSMARKT-FAHRZEUGE.DE

TTC schreibt 220 neue Busse aus

Das in der georgischen Hauptstadt Tbilissi aktive ÖPNV-Unternehmen TTC hat die Lieferung von 220 neuen Bussen ausgeschrieben.

Darüber informierte die Stadtverwaltung dieser Tage in einer Presseaussendung. Gesucht werden demnach Midibusse mit einer Länge von etwa 8 m. Der Kostenvoranschlag liegt bei insgesamt 79,6 Mio. GEL (25,1 Mio. EUR). Die Frist für die Angebotslegung endet bereits am kommenden Donnerstag (15. November), die Auslieferung der Fahrzeuge ist in mehreren Etappen innerhalb von acht Monaten ab Vertragsunterzeichnung vorgesehen.

Im Sommer hatte sich in einer Ausschreibung von TTC zur Beschaffung von 90 neuen Bussen das Vertriebsunternehmen Tegeta mit Fahrzeugen des deutschen Herstellers MAN durchgesetzt. Die 10,5 m langen Busse des Typs Lion's City M kosten insgesamt 45 Mio. GEL (14,2 Mio. EUR) und sollen ab Februar an TTC ausgeliefert werden.

Quelle: nov-ost.info 8.11.2018

Volvo-Hybridbusse für Kraków

Der Busersteller Volvo Buses hat 12 Gelenk-Hybridbusse an das Krakauer Verkehrsunternehmen MPK Kraków geliefert.

Nach Angaben von Volvo stammen die Fahrzeuge der Baureihe Volvo 7900 Hybrid aus dem polnischen Werk in Wrocław.

„Der Kauf von Hybridbussen ist Bestandteil umfangreicher Käufe von Neufahrzeugen für die Krakauer. Allein in den letzten drei Jahren wurden fast 350 Busse im Wert von fast 500 Mio. PLN (116 Mio. EUR) nach Kraków geliefert“, erklärte Bürgermeister Jacek Majchrowski.

„Wir beobachten seit Jahresbeginn ein sehr hohes Interesse polnischer Städte an elektrifizierten Bussen. Das freut uns sehr, hat sich Volvo doch schon vor einigen Jahren

von der Produktion von Fahrzeugen verabschiedet, die ausschließlich mit Verbrennungsmotoren angetrieben werden, und setzt als einziger Hersteller von Stadtbussen auf Hybridbusse, Plug-in-Hybridbusse und reine Elektrobusse“, erklärte Malgorzata Durda, Länderdirektorin von Volvo Buses für Polen und das Baltikum.

Hybridbusse von Volvo sind neben Kraków bereits in Sosnowiec, Inowroclaw, Jelenia Góra, Bialystok und Warschau im Einsatz. Weitere Lieferungen nach Krosno und Inowroclaw sind noch für den Herbst geplant.

Quelle: nov-ost.info 12.10.2018

Solaris liefert 21 Stromer nach Poznań

Der polnische Bushersteller Solaris Bus & Coach hat den Zuschlag zur Lieferung von 21 Elektrobussen an den Posener Verkehrsbetrieb MPK Poznan erhalten.

Ausgeschrieben waren sechs 12-Meter-Busse und 15 Gelenkbusse mit 18 Metern Länge. Solaris, die in Bolechowo bei Poznan ansässig ist, war in dem Heimspiel der einzige Bieter und will die 12-Meter-Busse zu einem Preis von 16,2 Mio. PLN (3,8 Mio. EUR) und die Gelenkbusse zu einem Preis von 57,7 Mio. PLN (13,4 Mio. EUR) liefern. Die Lieferung der Gelenkbusse soll bis Dezember 2019 erfolgen, die der Solobusse bis Februar 2020.

Einen weiteren Elektrobusauftrag meldet Solaris aus Luxemburg. Der dortige private Verkehrsbetreiber Sales-Lentz hat Solaris mit der Lieferung von fünf „Stromern“ beauftragt, davon zwei 12-Meter-Busse bis März 2019 und drei 18-Meter-Busse bis Juni 2019.

Quelle: nov-ost.info 14.10.2018

Stadler übernimmt Solaris Tram ganz

Der Schweizer Schienenfahrzeughersteller Stadler hat die Mehrheitsanteile an dem Joint Venture Solaris Tram übernommen.

Dies berichten polnische Medien am Dienstag unter Verweis auf Stadler. Die Transaktion ist Folge des Verkaufs des polnischen Busherstellers Solaris Bus & Coach an die spanische CAF vor wenigen Monaten. Solaris war bislang mit 60% an Solaris Tram beteiligt, Stadler mit 40%.

Solaris will sich als Tochterunternehmen von CAF künftig ausschließlich auf den

Bau von Bussen konzentrieren, darunter insbesondere Elektrobussen. In den Bau von Straßenbahnen war Solaris 2009 eingestiegen, ihr Modell Tramino wurde unter anderem nach Szczecin, Poznan, Olsztyn, Braunschweig und Leipzig geliefert, in diesem Jahr erhielt Stadler/Solaris einen Großauftrag zur Lieferung von 50 Trams nach Kraków. Das Joint Venture beider Unternehmen war im Dezember 2016 gegründet worden, Aufgabe des Solaris-Standorts in Sroda Wielkopolska mit zuletzt 250 Mitarbeiter war dabei die Herstellung und Lackierung von Wagenkästen.

Quelle: nov-ost.info 20.11.2018

Solaris-Stromer für Frankfurt und München

Der polnische Bushersteller Solaris Bus & Coach meldet die Inbetriebnahme von fünf Elektrobussen in Frankfurt/Main.

Die Urbino 12 electric für den Kunden In-der-City Bus sind auf der nun vollelektrisch betriebenen Linie 75 unterwegs. Die Aufladung der 240 kW-Fahrzeuge erfolgt über drei Plug-in-Stationen, die ebenfalls von Solaris geliefert wurden.

Weitere drei Solaris Urbino electric – bereits in der Variante nach dem neuesten Facelift – erwirbt das private Münchner Verkehrsunternehmen Busreisen Ettenhuber.

Damit hat Solaris nunmehr Verträge zur Lieferung von fast 70 Elektrobussen nach Deutschland abgeschlossen, insgesamt umfasst das Portfolio mittlerweile fast 400 bereits gelieferte und beauftragte Elektrobusse.

Quelle: nov-ost.info 20.12.2018



Tallinn kauft neue Erdgasbusse

Der kommunale ÖPNV-Anbieter Tallinna Linnatranspordi AS (TLT) plant eine weitere Erneuerung seiner Busflotte.

Wie das Unternehmen bekannt gab, stimmte der Aufsichtsrat einem Investitionsplan für 2019 zu, wonach die Beschaffung neuer umweltfreundlicher Erdgasbusse erfolgen soll. Die Strategie von TLT sieht demnach vor, alle Dieselbusse durch Erdgasbusse zu ersetzen.

Aufsichtsratschef Kalle Klandorf sprach von einem großen Schritt bei der Entwicklung eines umweltfreundlichen Nahverkehrs und erklärte: „Erdgasbusse können überdies mit heimischem Biogas betrieben werden, und dies ist auch ein Beitrag zur Senkung der Kosten.“

Ausgeschrieben werden nun 60 Einfach- und 40 Gelenkbusse, was mehr als einem Fünftel der aktuellen Flotte von 469 Bussen entspricht. In den kommenden fünf Jahren sollen außerdem 200 weitere Erdgasbusse erworben werden, sodass deren Anteil bis 2023 auf über 60% steigt. Für die erste Tranche sind Kosten von 25 Mio. EUR vorgesehen.

Quelle: nov-ost.info 7.1.2019

China ist Spitzenreiter bei der Zulassung von Elektroautos, Deutschland nur im Mittelfeld

China und Norwegen festigen ihre Position als Leitmärkte und Ausnahmereischeinungen der E-Mobilität. Deutschland liegt hinsichtlich der Zahl neu zugelassener Elektroautos im Mittelfeld. Das sind Ergebnisse der Branchenstudie Elektromobilität 2018 des Center of Automotive Management (CAM), in der regelmäßig aktuelle Markttrends sowie Produktstrategien globaler Automobilhersteller analysiert und mögliche Zukunftsentwicklungen aufgezeigt werden. Dabei stehen reine Batteriefahrzeuge (BEVs) und Plug-In-Hybride (PHEVs) im Mittelpunkt.

China festigt seine Position als internationaler und rasch wachsender Leitmarkt insbesondere hinsichtlich der Anzahl neu zugelassener Elektrofahrzeuge. Während im Zeitraum Januar bis September 2017 (bzw. 1. bis 3. Quartal 2017) insgesamt 398.000 Elektroautos verkauft bzw. zugelassen wurden, wuchs diese Zahl in der Periode Januar bis September 2018 (bzw. 1. bis 3. Quartal 2018) auf 718.000.

Der Zuwachs an Fahrzeugen belief sich also auf 80 Prozent, obgleich seit Juni die Subventionen von Fahrzeugen mit einer Reichweite von weniger als 150 km stark gekürzt wurden. Die Neuzulassungen von BEV stiegen auf 540.000, während auch die Plug-in Hybride (PHEV) stark zulegten auf 178.000 und damit einen Anteil von 25 Prozent betragen.

Der chinesische E-Fahrzeugmarkt wird zu über 90 Prozent weiter von einheimischen Herstellern wie BYD, BAIC und Roewe dominiert, wobei als ausländische OEM Tesla

(3%) und BMW (2%) noch am stärksten sind. Im Luxusbereich macht das Start-up Nio mit dem ES8 aber Tesla zunehmend ernste Konkurrenz und konnte seit Verkaufsbeginn im Juni 2018 bereits 3.368 Fahrzeuge ausliefern.

Hierzu Studienleiter Stefan Bratzel: „Es wird höchste Zeit, dass deutsche Hersteller in China mit attraktiven Elektromodellen auftreten und auch in diesem Zukunftsfeld Marktanteile gewinnen. Es ist ein ernstes Warnsignal, dass im wichtigsten Automobilmarkt neue Anbieter wie Tesla und Nio Luxusmarkt für E-Fahrzeuge dominieren.“

TESLA überholt die Konkurrenz

Nach Absatzzahlen zweitgrößter Markt für E-Fahrzeuge bleibt die USA. Waren im 1. bis 3. Quartal 2017 noch 139.824 Elektroautos neu zugelassen worden, stiegen die Zulassungen im 1. bis 3. Quartal 2018 auf 228.226 Fahrzeuge. Mit 62 Prozent blieb der Zuwachs nicht allzu weit hinter China zurück.

Hohe Zuwächse erzielten reine Elektrofahrzeuge, die jetzt auf einen Anteil von 64 Prozent (Vorjahreszeitraum: 53%) kommen. Die Zuwächse sind vor allem Tesla geschuldet, die mit dem Model 3 im Jahr 2018 bereits auf fast 80.000 Neuzulassungen kommen. Zusammen mit dem Model S und X stellt Tesla fast die Hälfte des Elektroautomobilmarktes in den USA.

Deutsche Hersteller verlieren durch das mangelnde Modellportfolio im Elektrobereich zunehmend Marktanteile. Im letzten Quartal konnte Tesla insgesamt über alle Antriebe bereits mehr Fahrzeuge verkaufen als Mercedes und könnte im Laufe des Jahres auch BMW übertrumpfen.

Norwegen führt knapp vor Deutschland

Die Zulassungen neuer Elektroautos in Norwegen legten von 43.096 auf jetzt 52.022 zu. Rund 60 Prozent der E-Fahrzeuge sind BEVs, während entsprechend 40 Prozent als PHEV zugelassen werden. Der Verbrennungsmotor rutscht in Norwegen langsam in eine Nischenrolle. Im September wurden nur noch 16 Prozent der Pkw mit Benzinmotoren zugelassen und 12 Prozent mit Dieselmotoren.

Deutschland kann seine Neuzulassungen bis Ende September 2018 nur um 36 Prozent auf 50.141 Zugänge steigern (Vorjahreszeitraum: 36.849 Fzg.). Damit ist das Wachstum in Deutschland im Vergleich der Kernländer jedoch unterdurchschnittlich, wobei selbst im Hinblick auf das Absatzvolumen Norwegen vorn liegt. Die Anteile von BEV und PHEV betragen dabei rund 50 Prozent. Damit können E-Fahrzeuge derzeit noch kaum

von der Verunsicherung den Diesel profitieren, der im letzten Quartal nur noch bei 31,7 Prozent der Neuwagenzulassungen liegt, während Benziner bei 62,6 Prozent liegen.

Quelle: <https://www.produktion.de> vom 9.1.2019

Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug HLF 10 für Feuerwehr Weißensee ca. 30 % teurer als veranschlagt

Es war nur ein Angebot eingegangen für ein Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug HLF 10 in Weißensee und dieses war mit 454 427.68 EUR um 29,8 % teurer als die erwarteten Kosten von 350 000.00 EUR. Deshalb ging der Auftrag am 18.9.2018 an die Rosenbauer Deutschland GmbH in 14943 Luckenwalde.

26.10.2018



ENERGIEAUSSCHREIBUNGEN.EU

Heizöl kostet die Stadt Duisburg 1 657 000 € statt der erwarteten 706 000 €



Mehr als doppelt soviel wie kalkuliert kostet die Stadt Duisburg die Beschaffung von von dünnflüssigem Heizöl (EL) zu städtischen Verbrauchsstellen für eine Laufzeit von 3 Jahren, nämlich

1 657 201.14 EUR statt der ursprünglich versnschlagten 706 000.00 EUR und damit 135 % mehr . 2 Bieter konkurrierten um den Auftrag, welcher am 17.8.2018 an die extraleicht GmbH NL Bergheim in 50129 Bergheim vergeben wurde.

29.10.2018